

Zwischen Krieg und Frieden

von Jan Heller

Zum ersten Mal seit drei Jahren haben die Taliban wieder Geländegewinne gegen ihre Gegner erzielen können. Diese Erfolge lassen die Aussichten einer friedlichen Lösung des nun schon 22 Jahre lang brennenden Konflikts weiter sinken.-

Im Laufe ihrer, vor allem wegen massiven Rekrutierungsproblemen in Afghanistan, immer wieder verschobenen ("Frühjahrs")-offensive, die schließlich am 28. Juli begann, nahmen die Taliban bis Ende der ersten Augustwoche die Distrikte Nahrin und Ischkamesch in den nordöstlichen Provinzen Baghlan und Tochar ein. Dabei schnitten sie der Vereinigten Islamischen Front zur Rettung Afghanistans (kurz: United Front - UF) ihre wichtigste Nachschubroute von Tadjikistan in ihre Hochburg im Panjir-Tal ab, die das Gebiet zwischen den gleichnamigen Distriktzentren von Nahrin und Ischkamesch passiert. Die UF muß nun auf eine höher in den Bergen gelegene und deshalb schwerer befahrbare Route ausweichen, die im Herbst früher durch Schnee unpassierbar wird. Dadurch könnten im Winter erhebliche Versorgungsprobleme für die immer noch etwa 60.000 durch die 1999er Offensive der Taliban aus Gebieten nördlich der Hauptstadt Kabul vertriebenen Menschen entstehen, die nach Panjir geflohen waren. UF-Außenminister Abdullah bezeichnete die Kämpfe als die schwersten des Jahres. Die Taliban hätten die Oberhand "sowohl bei der Truppenstärke, in der Luft, bei Waffen und der Mobilität". Nach UF-Angaben waren an den Angriffen 9.000 bis 10.000 Taliban beteiligt, darunter 1.000 reguläre pakistanische Soldaten in afghanischer Verkleidung, 2.000 pakistanische Freiwillige, meist Studenten aus den militanten Koranschulen (Madrassas) sowie mehrere hundert arabische, mittelasiatische und chinesisch-muslimische Kämpfer.

Trotz fast 30 Angriffswellen konnten die Taliban aber nicht ihr diesjähriges militärisches Hauptziel verwirklichen: die Kontrolle über Taloqan, die Hauptstadt Tochars und Sitz der von der UNO anerkannten UF-Regierung. Auch die UF-Stellungen in Imam Saheb, Dascht-e Artschi und Khodscha Ghar an der Grenze zu Tadjikistan sind nicht an sie gefallen. Allerdings näherten sich die Taliban zweimal bis auf fünf Kilometer der Stadt, deren 200.000 Einwohner sie inzwischen fast vollständig verlassen haben. Dadurch hat sich in dem Gebiet das Flüchtlingsproblem weiter verschärft.

Kämpfe, allerdings geringeren Ausmaßes, halten auch in anderen Landesteilen an. Aus dem Dara-ye-Suf-Tal in der Nordprovinz Samangan heraus, in der die Taliban-Gegner eine Insel mitten

im Taliban-Gebiet halten, drangen UF-Guerilleros Mitte August vorübergehend in die Provinzhauptstadt Aibak ein und drohten, die Straßenverbindung in das Zentrum Nordafghanistans, Mazar-e Sharif, zu unterbrechen. Auch die Distrikte Dara-ye-Nur und Chewa unweit der ostafghanischen Provinzhauptstadt Jalalabad wechselten im Vormonat mehrere Male den Besitzer. Dort ist der formell mit der UF verbündete, aber unabhängig agierende starke Lokalkommandeur Hazrat Ali aktiv. Kämpfe gab es auch um weitere UF-Enklaven in den Nordwestprovinzen Herat und Ghor.

Andere Kämpfe sind Ausdruck von Zerfallserscheinungen in der Taliban-Bewegung. Ein örtlicher Taliban-Kommandant in der Südprowinz Helmand meuterte gegen die Führung in Kandahar. Dabei geht es offensichtlich um Drogenhandel. Taliban-Chef Mullah Muhammad Omar hatte im Juli, um die negative Weltmeinung über die Taliban wenigstens in einem Punkt günstig zu stimmen, jeglichen Anbau von Opiummohn verboten. Helmand ist die Provinz mit der größten Fläche an Opiumfeldern. Der Gouverneur der wichtigen Provinz Bamian, Maulawi Islam, und ein wichtiger Kommandeur in der Ostprovinz Laghman, Abdullah Dschan Wahidi, erst Anfang des Jahres zu den Taliban übertreten, sagten sich von ihnen los und lösten damit neue Kämpfe aus. Auch der erneute Pakistan-Aufenthalt der Nummer Zwei der Taliban, "Ministerpräsident" Mullah Muhammad Rabbani, könnte mit Flügelkämpfen in der Taliban-Bewegung zusammenhängen. Offiziell wurde die Reise mit "gesundheitlichen Gründen" gerechtfertigt. Peter Tomsen, während des von den USA mitfinanzierten Mujahedin-Krieges gegen die sowjetische Besatzung in den Jahren 1979 bis 1989 Washingtons "Sonderbotschafter beim afghanischen Widerstand", äußerte sich Ende Juli schon optimistisch über ein Ende der Bewegung. "Die Taliban sind im Abschwung begriffen. Sie werden möglicherweise gegen Ende des Jahres aus Kabul vertrieben sein", sagte er bei einer Kongreß-Anhörung.

Dies scheint zumindest verfrüht zu sein. Noch fehlt eine lebensfähige und attraktive Alternative zu den Taliban. Auch die UF ist keine, weil sich die meisten Afghanen nur mit Schauern an deren "Regierung" von 1992 bis 1996 erinnern, die die vor 1989 eingeleitete Zerstörung des Landes vollendete, als

sich die Mujahedin-Fraktionen nicht auf eine gemeinsame Regierung einigen konnten und blutige Straßenkämpfe entfachten, denen mehrere tausend Zivilisten zum Opfer fielen. Auch den Anhängern der Initiative des 1973 gestürzten, im Exil in Rom lebenden Ex-Königs Muhammad Zaher, eine Art Ausnahme-Nationalversammlung einzuberufen und dort eine neutrale Übergangsregierung zu installieren - ähnlich wie kürzlich in Somalia -, fehlt es weiter an Durchsetzungskraft. Zwar wird dieser Plan nicht nur von Royalisten unterstützt, sondern von den meisten einflußreichen Exil-Afghanen und wohl auch von der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, aber sie können der Waffengewalt der Taliban - und auch der UF - nichts entgegenhalten. Den Afghanen im Land fehlt jede Möglichkeit, sich politisch frei zu äußern, geschweige denn zu betätigen.

Der erste Besuch einer Delegation der so genannten "Rom-Initiative" in der Taliban-Zentrale Anfang August endete dann auch ohne greifbare Fortschritte. Paschtunische Stämme im Osten des Landes, unter denen es viele Anhänger des Königs gibt und die zunehmend unter anderem durch Landumverteilungen zu Gunsten von Taliban-Anhängern verärgert sind, konnten von der Taliban bisher immer wieder auf ihre Seite zurück-

gebracht werden. Nur wenn sie sich von den Taliban dauerhaft abwendeten und der Rom-Initiative eine territoriale Basis in Afghanistan verschafften, könnte sich dies ändern.

Zunächst scheint der Vormarsch der Taliban bei ihnen die Auffassung bestärkt zu haben, daß der Konflikt gegen die UF doch militärisch zu ihren Gunsten zu entscheiden ist. Das läßt jegliche Friedensbemühungen, wie zur Zeit seitens der UN, der Organisation Islamische Konferenz, den Regierungen Turkmenistans und der Schweiz sowie innerafghanischer Fraktionen, nicht gerade erfolgversprechend sein. Zudem reagierten sie verärgert darauf, daß am 8. August Kofi Annans Afghanistan-Sonderbeauftragter Francesco Vendrell erstmals öffentlich die Taliban für den Ausbruch der neuen Kämpfe verantwortlich machte. "Ich verteile wirklich nicht gern Schuldzuweisungen", sagte er vor der pakistanischen Presse, "aber ich muß sagen, daß alle Anzeichen, die wir zu der letzten Runde der Kämpfe vorliegen haben, darauf hinweisen, daß sie von den Taliban ausgelöst wurde." Davon, wer in Afghanistan als Angreifer ausgemacht wird, hängt stark davon ab, ob der UN-Sicherheitsrat seine im Herbst 1999 unter dem Druck der USA gegen die Taliban verhängten Sanktionen

weiter verschärft. Ihr Außenminister Wakil Ahmad Mutawakkil warf Vendrell deshalb vor, mit dieser Äußerung habe der Katalane seine Rolle als neutraler Vermittler gefährdet. Noch ist die diesjährige Offensive aber längst nicht vorüber. Anzeichen mehren sich, daß die UF durchaus den Vormarsch der Taliban wieder rückgängig machen könnte. Schon haben ihre Kämpfer Positionen um Taloqan und Nahrin zurückerobert. Pendelt sich nach der Kampfsaison, beim ersten Schnee, die Situation wieder in der Nähe des früheren Patts ein, steigen die Aussichten auf Verhandlungen wieder. Zudem steht der Hauptpartner der Taliban, Pakistan, anhaltend unter Druck, seine Hilfe endlich zu beenden. Dann müssen die verschiedenen Vermittler nur noch ihre Bemühungen besser koordinieren. Allerdings kann nur eine tiefgreifende Änderung der Afghanistan-Politik der meisten der sechs Nachbarstaaten des Landes den Weg für eine friedliche Lösung wirklich freimachen. Doch sie unterstützen weiter, zahlreichen gegenteilig lautenden Erklärungen zum Trotz, massiv ihre jeweiligen Klientel-Fraktionen: Pakistan die Taliban, Iran, Usbekistan und Tadjikistan, mit russischer und indischer Hilfestellung, die UF.

Gesellschaft für Ausländer- und Asylrecht e.V.

GefAA

Politische Situation in Afghanistan und Pakistan
Informationsreise im Frühjahr 2001

Die GefAA plant im Frühjahr 2001 in Zusammenarbeit mit dem Südasienbüro e.V. eine Informationsreise nach Pakistan. Die Reise soll sich schwerpunktmäßig mit der Frage der Staatlichkeit der Verfolgung durch die derzeitigen Machthaber in Afghanistan unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10.08.2000

befassen. Als weiterer Schwerpunkt soll die politische Situation in Pakistan behandelt werden. Eventuell ist eine kurzfristige Einreise nach Afghanistan möglich, sofern es die Sicherheitslage erlaubt.

Die Reise kann nur bei einer Mindestteilnehmerzahl von 8 Personen durchgeführt werden.

Die Reise ist besonders geeignet für Juristen, Flüchtlingsbetreuer und Personen, die nähere Information über diese Länder erhalten wollen.

Nähere Informationen können bei der GefAA oder dem Südasienbüro angefordert werden.

Gesellschaft für Ausländer- und Asylrecht e.V.,
Landhausstraße 86 B,
70190 Stuttgart,
Tel. 0711/285 93 31